

Technologische und sicherheitspolitische Herausforderungen: 2025, ein Schlüsseljahr für Frauen

Juliette Bachschmidt, Marie Cohignac - 04 Mär 2025

Die Beteiligung von Frauen in den sogenannten Männersektoren der Technologie, der Digitaltechnik oder der Verteidigung war ein wesentlicher Motor für Fortschritt und Innovation. Dennoch bestehen nach wie vor zahlreiche Ungleichheiten und die gläserne Decke scheint für die Hälfte der Menschheit nur schwer zu durchbrechen zu sein, und das in sehr vielen Bereichen des Privat- und Berufslebens. Zwar sind im Bereich der Gleichstellung bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen, insbesondere in Europa, wo der gesetzliche Rahmen für die Gleichstellung von Frauen und Männern verstärkt wurde und Europa damit der Kontinent ist, der in diesem Bereich am weitesten fortgeschritten ist, doch gibt es nach wie vor Ungleichheiten, sowohl in Bezug auf die Repräsentation als auch auf die Chancen.



[Stiftung](#) | [Ukraine](#) | [Europäischer Rat](#) | [Kommission](#) | [Rat der Europäischen Union](#) | [Diplomatie](#) |

[Österreich](#) | [Estland](#) | [Frankreich](#) | [Italien](#) | [Portugal](#) | [Großbritannien](#) |

[Armenien](#) | [Montenegro](#) | [Türkei](#) | [Eurostat](#) | [Berichte / Studien](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ Stiftung:



Deutsch-Französischer Journalistenpreis: Verlängerung der Einreichungsfrist bis zum 5. März.

Der Deutsch-Französische Journalistenpreis gab am 25. Februar bekannt, dass er seinen Aufruf zur Einreichung von Beiträgen für die DFJP-Ausgabe 2025 bis zum 5. März verlängert hat. Das Datum der Erstveröffentlichung muss zwischen dem 2. März 2024 und dem 1. März 2025 liegen. Der DFJP zeichnet journalistische Projekte aus, die ein breites Themenspektrum abdecken, das vom Alltagsleben über die Kommentierung zentraler Ereignisse des vergangenen Jahres bis hin zu politischen und wirtschaftlichen Entschlüsselungen reicht. Neben dem Sonderpreis der Jury werden vier Kategorien ausgezeichnet: Newsformate, Dokumentation, Investigation und der Nachwuchspreis. [Fortsetzung](#)

■ Ukraine :



Gipfeltreffen zur Unterstützung der Ukraine in Kiew

Anlässlich des dritten Jahrestags der russischen Invasion in der Ukraine trafen sich am 24. Februar mehr als 20 führende Politiker aus Europa und dem Westen in Kiew, um ihre Unterstützung für die Ukraine zu bekräftigen. Sie betonten die Notwendigkeit, alle europäischen Länder und die Ukraine in die Friedensverhandlungen mit Russland einzubeziehen. Die Staats- und Regierungschefs betonten, dass eine Aufhebung der Sanktionen von konkreten Maßnahmen Russlands abhängen würde, und verfolgten einen Ansatz des "Friedens durch Stärke". Unterdessen reiste der französische Präsident Emmanuel Macron nach Washington, um seinen US-amerikanischen Amtskollegen Donald Trump zu treffen, mit dem Ziel, die Haltung der USA zum Ukraine-Konflikt zu ändern, ebenso wie der britische Premierminister Keir Starmer. [Fortsetzung - Andere Links - Andere Links](#)



Gipfeltreffen für die Ukraine in London

Am 2. März versammelte der britische Premierminister Keir Starmer in London 18 Staats- und Regierungschefs sowie die Leiter europäischer und internationaler Institutionen zu einem Sondergipfel für die Ukraine. Das Treffen bot die Gelegenheit, nach dem angespannten Austausch zwischen Wolodymyr Selenskyj und Donald Trump in Washington am 28. Februar eine einheitliche Position der teilnehmenden Länder zu demonstrieren. Bei dem Treffen schlugen Frankreich und Großbritannien einen einmonatigen teilweisen Waffenstillstand vor, der sich auf Luft- und Seeschläge sowie auf die Energieinfrastruktur bezog. Darüber hinaus kündigte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula Von der Leyen, einen umfassenden Plan zur Beschleunigung der europäischen Wiederbewaffnung an. Schließlich betonten die internationalen und europäischen Staats- und Regierungschefs die Notwendigkeit umfassender Sicherheitsgarantien für die Ukraine. [Fortsetzung](#)



Verstärkte Unterstützung für die Energiesicherheit der Ukraine

Am 24. Februar schlug die Europäische Kommission ein neues Maßnahmenpaket vor, um die Ukraine bei der Sicherung ihres Energiesystems und der vollständigen Integration in den europäischen Energiemarkt zu unterstützen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, den ukrainischen Strommarkt bis 2027 vollständig an den der EU zu koppeln, wobei auch Moldawien einbezogen werden soll. Auch der Gassektor der EU ist betroffen, wobei die bereits begonnene Integration fortgesetzt werden soll. Diese Maßnahmen sollen Versorgungssicherheit sowie eine massive Beschleunigung der nationalen Produktion von erneuerbarem Strom ermöglichen. Durch den Krieg wurde nämlich die Hälfte der zivilen Energieinfrastruktur des Landes zerstört, was eine vollständige Unabhängigkeit des Energiesystems absolut notwendig macht. [Fortsetzung](#)



Spanien kündigt neues Militärhilfepaket für die Ukraine an.

Am Rande des internationalen Gipfels zur Unterstützung der Ukraine am 24. Februar kündigte der spanische Regierungschef Pedro Sánchez ein neues Militärhilfepaket für die Ukraine in Höhe von 1 Mrd. € an. Diese Mittelzuweisung erfolgt im Rahmen des bilateralen Sicherheits- und Verteidigungsabkommens, das im Mai 2024 zwischen den beiden Ländern für einen Zeitraum von zehn Jahren unterzeichnet wurde. Ziel ist es, humanitäre Hilfe zu leisten, die Ukraine wieder aufzubauen und einen dauerhaften und gerechten Frieden auf der Grundlage des Völkerrechts zu schaffen. [Fortsetzung](#)



Der irische Premierminister Micheál Martin trifft Wolodymyr Selenskyj.

Der irische Premierminister Micheál Martin traf am 27. Februar, bei dem Zwischenstopp von Wolodymyr Selenskyj auf dem Flughafen Shannon in Irland, mit dem ukrainischen Präsidenten zusammen, bevor dieser zu einem Treffen mit US-Präsident Donald Trump in Washington weiterreiste. Die beiden Politiker sprachen über die Lage in der Ukraine und die Bemühungen, angesichts der russischen Aggression einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Micheál Martin bekräftigte die unerschütterliche Unterstützung Irlands für die Ukraine und betonte die Bereitschaft seines Landes, humanitäre und finanzielle Hilfe zu leisten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Die UNO verabschiedet konkurrierende Resolutionen für einen Frieden in der Ukraine.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nahm am 24. Februar eine von den USA initiierte Resolution an, in der ein baldiges Ende des Konflikts in der Ukraine gefordert und zu einem dauerhaften Frieden aufgerufen wird. Diese Resolution war die Erste, die seit Beginn des Krieges verabschiedet wurde. Fünf europäische Länder enthielten sich der Stimme: Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Slowenien, da sie sich mehr Garantien wünschten und keine De-facto-Kapitulation der Ukraine befürworteten. Insbesondere wurde ein Änderungsantrag mit der Formulierung "die durch die vollständige Invasion der Ukraine durch Russland verursacht wurden" abgelehnt. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen nahm am selben Tag zwei Resolutionen an, in denen ebenfalls zum Frieden in der Ukraine aufgerufen wurde. Die eine wurde von der Ukraine und den EU-Mitgliedstaaten und die andere von den USA getragen, wobei sich die Debatten um die Einbeziehung der Ukraine in den Friedensprozess drehten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)



Die nordischen Länder verstärken ihre Unterstützung für die Ukraine.

Nach dem dritten Jahrestag des Krieges in der Ukraine kündigten die nordischen Länder am 24. Februar umfangreiche Hilfen für die Ukraine an, um die humanitären, Wiederaufbau- und Verteidigungsbemühungen des Landes zu unterstützen. Dänemark kündigte eine Hilfe in Höhe von 54,6 Millionen Euro an. Schweden wird Luftabwehrsysteme im Wert von 122 Millionen Euro bereitstellen. Norwegen will 1,06 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe, aber auch für Energiesicherheit bereitstellen. Darüber hinaus kündigte Oslo weitere 1,93 Milliarden Euro für die militärische Verteidigung der Ukraine an. [Fortsetzung - Andere Links - Andere Links](#)

■ Europäischer Rat :



Besuch des Präsidenten des Europäischen Rates in Polen und Ungarn

Der Präsident des Europäischen Rates, Antonio Costa, besuchte am 25. Februar Polen und Ungarn. In Warschau traf er den polnischen Premierminister Donald Tusk, mit dem er die weitere Unterstützung der Europäischen Union für die Ukraine und die Stärkung des Verteidigungspotenzials Europas erörterte. Anschließend reiste er nach Ungarn, um sich mit Premierminister Viktor Orban zu treffen. Bei dieser Gelegenheit wurden die Vorbereitungen für einen Sondergipfel des Europäischen Rates besprochen, der für den 6. März geplant ist und sich auf die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten der Union konzentrieren soll. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Kommission :



Vereinfachung der Regeln für Nachhaltigkeit und Investitionen

Die Europäische Kommission hat am 26. Februar ein Paket von Vorschlägen vorgelegt, um die EU-Regeln zu vereinfachen, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und Investitionskapazitäten freizusetzen. Das quantifizierte Ziel dieser Maßnahmen (Omnibus genannt) ist eine Verringerung der Verwaltungslasten für Unternehmen um mindestens 25% und für KMU um mindestens 35% bis 2029. Die EU-Exekutive hofft, jedes Jahr 6,3 Mrd. € an Verwaltungskosten einzusparen und öffentliche und private Investitionskapazitäten in Höhe von 50 Mrd. € zu mobilisieren. Mehrere Texte sind betroffen, darunter die CSRD, die CS3D, die Taxonomie-Richtlinie sowie der Grenzausgleichsmechanismus für Kohlenstoff (CBAM). [Fortsetzung](#)



Vorstellung des Pakts für eine umweltgerechte Industrie

Die Kommission hat am 26. Februar den Pakt für eine umweltverträgliche Industrie vorgestellt, der die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der europäischen Unternehmen unterstützen und gleichzeitig die Dekarbonisierung beschleunigen soll. Dieser konzentriert sich auf zwei Sektoren: energieintensive Industrien, die dringend Unterstützung für die Dekarbonisierung benötigen, und saubere Technologien, die für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum von zentraler Bedeutung sind. Zu den wichtigsten Triebkräften, die dieser Plan berücksichtigt, zählte die Kommission die Senkung der Energiekosten, die Ankurbelung der Nachfrage nach saubereren Produkten, die Finanzierung des Übergangs zu sauberer Energie sowie die Zirkularität und den Zugang zu Materialien. Die Kommission stellte klar, dass dieser Aktionsplan kurzfristig fast 100 Milliarden € zur Unterstützung sauberer Herstellungsprozesse mobilisieren soll. [Fortsetzung](#)



Konsolidierung des Rahmens für das Management von Finanzrisiken

Die Kommission kündigte am 25. Februar Maßnahmen an, die darauf abzielen, den Rahmen für das Management finanzieller Risiken und die Einhaltung von Vorschriften in der Europäischen Union zu verbessern. Diese Entscheidung kommt vor dem Hintergrund einer Zunahme der Finanztransaktionen. Die Rolle des unabhängigen Risikomanagers wurde erweitert, um neue Arten von Geschäften, wie Kreditaufnahme, Schuldenmanagement und verwaltete Vermögenswerte, einzubeziehen. Die von der Kommission verfolgte Absicht ist die einer soliden finanziellen Steuerung des EU-Haushalts und die Sicherung seines Modells der "drei Verteidigungslinien". [Fortsetzung](#)



Neuer Aktionsplan für bezahlbare Energie

Die Europäische Kommission hat am 26. Februar einen Aktionsplan im Energiebereich mit dem Titel "Aktionsplan für erschwingliche Energie" vorgestellt. Der Aktionsplan umfasst kurzfristige Maßnahmen, die darauf abzielen, die Energiekosten zu senken, die Energieunion zu vollenden und Investitionen anzuziehen. Der Plan ist ein zentrales Element des Pakts für eine saubere Industrie, der ebenfalls am selben Tag vorgestellt wurde. Er rechnet mit geschätzten Gesamteinsparungen von 45 Milliarden Euro im Jahr 2025, die schrittweise bis zu jährlichen Einsparungen von 260 Milliarden Euro im Jahr 2040 ansteigen sollen. Die Kommission hat drei Bereiche identifiziert, in denen die Maßnahmen zur Erschwinglichkeit von Strom ansetzen sollen: Netz- und Systemkosten, Steuern und Abgaben und schließlich die Beschaffungskosten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Treffen der Minister für Landwirtschaft und Fischerei

Die Minister für Fischerei und Landwirtschaft tauschten sich bei ihrem Treffen am 24. Februar über die Umsetzung des ländlichen Testprinzips aus, das darauf abzielt, die ländliche Entwicklung besser in die EU-Politiken zu integrieren, ohne zusätzliche Bürokratie zu schaffen. Die Lage auf dem europäischen Markt für Agrar- und Ernährungsprodukte stand ebenfalls auf der Tagesordnung. Es gab positive Anzeichen für eine Erholung, auch wenn die Preise immer noch auf einem höheren Niveau als vor der Covid-Pandemie liegen. Schlechte Wetterbedingungen und die geopolitische Lage stellten zudem Herausforderungen dar, die die Marktstabilität störten. Die am 19. Februar veröffentlichte Vision der Kommission für Landwirtschaft und Ernährung wurde positiv aufgenommen. [Fortsetzung](#)



Empfehlungen zur Cybersicherheit

Der Rat legte am 24. Februar den Entwurf einer Empfehlung über den EU-Rahmenplan für die Bewältigung von Cybersicherheitskrisen vor. Ziel ist es, diesen neuen Rahmen klar und einfach darzustellen. Dieser Aktionsplan zur Cybersicherheit wird den relevanten europäischen Akteuren ein besseres Verständnis für die Interaktion und Nutzung der Mechanismen des Krisenmanagements sowie einer strukturierteren Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren, insbesondere mit der NATO, vermitteln. [Fortsetzung](#)



Treffen der Minister für europäische Angelegenheiten

Die für europäische Angelegenheiten zuständigen Minister der Europäischen Union trafen sich am 25. Februar, um den Europäischen Rat im März vorzubereiten. Dabei wurde über den Krieg in der Ukraine, die Entwicklungen im Nahen Osten, die europäische Wettbewerbsfähigkeit, den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen oder auch die Migrationsfrage gesprochen. Die Minister tauschten sich auch über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2025 sowie über die Fortschritte bei der Arbeit an der Zukunft Europas aus, über die im Juni ein Bericht veröffentlicht werden soll. [Fortsetzung](#)

■ Diplomatie :



Treffen der Außenminister

Die Außenminister erörterten bei ihrem Treffen am 24. Februar in Anwesenheit ihres ukrainischen Amtskollegen den Krieg in der Ukraine, der sich an diesem Tag zum dritten Mal jährt. Die Lage im Nahen Osten war Teil des Austauschs, insbesondere Syrien, Gaza und der Libanon sowie der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo. Die teilweise Aufhebung der restriktiven Maßnahmen gegen Syrien wurde beschlossen. Dies ist Teil der Bemühungen der Europäischen Union, einen politischen Übergang sowie eine rasche wirtschaftliche Erholung des Landes nach dem Sturz des al-Assad-Regimes im Dezember 2024 zu unterstützen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Ausbau der Beziehungen zu Indien

Das Kollegium der EU-Kommissare und seine Präsidentin Ursula von der Leyen, besuchten Indien am 27. und 28. Februar mit dem Ziel, die Beziehungen zu vertiefen. Es fanden Gespräche über eine EU-Indien-Partnerschaft sowie die Bildung einer Strategischen Agenda EU-Indien statt. Drei zentrale Achsen wurden identifiziert, um die Zukunft der Beziehungen zwischen diesen beiden Mächten zu definieren: Handel und Technologie, Sicherheit und Verteidigung, Konnektivität und globale Partnerschaft. So sprach Ursula von der Leyen von einer Einigung mit Narendra Modi über die Notwendigkeit, die Handelsverhandlungen voranzutreiben, und kündigte die Prüfung einer Partnerschaft im Bereich Sicherheit und Verteidigung an. [Fortsetzung](#)

■ Österreich :



Abkommen über eine Dreier-Regierungskoalition

Die Mitte-Rechts-Partei ÖVP, gab am 27. Februar nach den längsten Verhandlungen seit der Nachkriegszeit eine Vereinbarung mit den Sozialdemokraten SPÖ und den Liberalen NEOS bekannt, eine Regierung zu bilden. Die Einigung erfolgte, nachdem die Verhandlungen mit der rechtsextremen FPÖ, die die Wahlen am 29. September gewonnen hatte, gescheitert waren. Die ÖVP und die SPÖ werden jeweils sechs Ministerien haben, die Liberalen zwei. Diese Regierung stellt die erste Dreiparteienkoalition seit 1949 dar. [Fortsetzung](#)

■ Estland :



Estland wird KI in sein Bildungssystem integrieren.

Als Weltneuheit wird Estland ChatGPT Edu (eine Version von ChatGPT speziell für Universitäten) und andere Werkzeuge der Künstlichen Intelligenz in seine Lehrpläne integrieren, wie die estnische Regierung, OpenAI und Anthropic am 24. Februar bekannt gaben. Laut einer Regierungsmitteilung werden 20.000 Schüler der zehnten und elften Klasse und ihre 3.000 Lehrer ab September 2025 kostenlosen Zugang zu ChatGPT Edu von OpenAI und anderen KI-Tools haben. Das Programm soll im darauffolgenden Jahr auf Berufsschulen ausgeweitet werden, um weitere 38.000 Schüler und 2.000 Lehrer zu erreichen. [Fortsetzung](#)



Stärkung der französisch-estnischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und ihrer Unterstützung für die Ukraine.

Am 24. Februar empfing der estnische Verteidigungsminister Hanno Pevkur seinen französischen Amtskollegen Sébastien Lecornu in Tallinn, um sich über die Zusammenarbeit der beiden Länder im Verteidigungsbereich sowie über die Sicherheitslage in Europa und der Ukraine und den bevorstehenden NATO-Gipfel auszutauschen. Darüber hinaus leiteten der estnische und der französische Minister ein Treffen mit den Verteidigungsministern des europäischen Quint-Formats und der nordisch-baltischen Länder, bei dem es um die Unterstützung der Ukraine und die europäische Sicherheit ging. Im Anschluss an diesen Austausch kündigte Pevkur eine Erhöhung der estnischen Militärhilfe an, einschließlich der Lieferung von 10.000 Artilleriegeschossen und einer Investition von 100 Millionen Euro in die ukrainische Rüstungsindustrie. [Fortsetzung](#)

■ Frankreich :



Emmanuel Macron in Washington

Am 24. Februar, dem dritten Jahrestag des Beginns des Krieges in der Ukraine, reiste Staatspräsident Emmanuel Macron nach Washington, um seinen amerikanischen Amtskollegen Donald Trump zu treffen. Sie tauschten sich über den Krieg in der Ukraine, die strategische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern und internationale Krisen aus. [Fortsetzung](#)



Friedrich Merz im Elysée-Palast

Am 26. Februar, drei Tage nach seinem Sieg bei den deutschen Wahlen, reiste der Vorsitzende der CDU, Friedrich Merz, zu einem Arbeitsessen mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron nach Paris. Bei diesem informellen Treffen ging es um die Wiederbelebung Europas und des "deutsch-französischen Paares" vor dem Hintergrund internationaler Krisen und Spannungen und vor dem Hintergrund der Verhandlungen über den Krieg in der Ukraine. [Fortsetzung](#)

■ Italien :



Der schwedische Premierminister in Rom

Am 26. Februar reiste der schwedische Premierminister Ulf Kristersson nach Rom, um sich mit der Ratspräsidentin Giorgia Meloni zu treffen. Die beiden Regierungschefs tauschten sich über den Krieg in der Ukraine, die transatlantische Sicherheit und Verteidigung, die Wettbewerbsfähigkeit und die Bekämpfung der illegalen Einwanderung aus, um die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Schweden und Italien zu stärken. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Portugal :



Emmanuel Macron auf Staatsbesuch in Portugal

Am 27. und 28. Februar reiste der französische Präsident Emmanuel Macron nach Portugal, um dort einen offiziellen Staatsbesuch zu absolvieren. Zunächst reiste er nach Lissabon, um sich mit seinem portugiesischen Amtskollegen Rebelo de Sousa und dem Premierminister Luis Montenegro auszutauschen, mit dem er die französisch-portugiesische Erklärung über den Ozean unterzeichnete. Anschließend tauschte er sich mit dem Präsidenten der Versammlung der Republik, José Pedro Aguiar-Branco, aus. Am 28. Februar reiste der französische Staatschef nach Porto, wo er mit Akteuren der französisch-portugiesischen Tech sprach und mit dem Premierminister die Unterzeichnung von neun bilateralen Abkommen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art bestätigte. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Großbritannien :



Neue Sanktionen gegen Russland und seine ausländischen Unterstützer

Die britische Regierung kündigte am 24. Februar, dem dritten Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine, die Verabschiedung ihres bisher umfangreichsten Sanktionspakets an, das rund 100 neue Maßnahmen umfasst, die sich gegen Personen und Organisationen in Russland richten. Die Sanktionen richten sich nicht nur gegen "die russische Militärmaschinerie", sondern erstmals auch gegen Einrichtungen in mehreren Drittländern, die die Invasion unterstützen. Unternehmen mit Sitz in der Türkei, Thailand, Indien und China sind ebenso betroffen wie der Verteidigungsminister und nordkoreanische Generäle. [Fortsetzung](#)



Großbritannien erhöht seine Verteidigungsausgaben.

Am 25. Februar kündigte der britische Premierminister Keir Starmer vor dem Parlament an, den Verteidigungshaushalt des Vereinigten Königreichs bis 2027 von derzeit 2,3% auf 2,5% des BIP erhöhen zu wollen. Diese Ankündigung erfolgte vor seinem Treffen mit Donald Trump, während die USA die europäischen Länder dazu drängen, ihr Engagement in der NATO zu erhöhen. [Fortsetzung](#)

■ Armenien :



Parlamentarischer Partnerschaftsausschuss EU-Armenien

Am 25. Februar begrüßte der Parlamentarische Partnerschaftsausschuss EU-Armenien die Annahme des Gesetzentwurfs über die Einleitung des Prozesses des Beitritts Armeniens zur Europäischen Union in erster Lesung durch die Nationalversammlung Armeniens und lud die armenische Regierung und die europäischen Institutionen ein, einen realistischen Arbeitsplan für dieses "strategische Ziel" für die Zukunft des Landes zu erörtern. Die Delegation wurde von Premierminister Nikol Paschinjan empfangen. Dabei bot sich die Gelegenheit, die Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan mit dem Start des Projekts "Kreuzweg des Friedens" zu erörtern, das die Blockade der regionalen Kommunikation aufheben und eine Antwort auf Fragen im Zusammenhang mit dem Prozess der Grenzziehung geben soll. [Fortsetzung](#)

■ Montenegro :



Friedensfazilität

Am 28. Februar beschloss der Europäische Rat eine Unterstützungsmaßnahme in Höhe von 6 Millionen Euro im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität, um die Streitkräfte Montenegros zu stärken (Ausrüstung, operative Hilfe etc.). Mit diesem Beschluss möchte der Europäische Rat die Sicherheit und Verteidigung des Landes und im weiteren Sinne die des westlichen Balkans stärken. [Fortsetzung](#)

■ Türkei :



Historischer Wandel in der Türkei

Am 27. Februar, nach monatelangen Verhandlungen, rief Abdullah Öcalan, der Gründer der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), aus dem Gefängnis in Istanbul, in dem er seit 1999 inhaftiert ist, zur Einstellung des bewaffneten Kampfes auf. Der Führer der Bewegung, der seit langem in den türkisch-kurdischen Konflikt verwickelt ist, forderte offiziell die Auflösung seiner politischen Organisation und forderte seine Anhänger gleichzeitig auf, die Waffen niederzulegen. Eine entsprechende Erklärung wurde von kurdischen Abgeordneten der DEM-Partei, die ihn besucht hatten, verlesen. Eine Bereitschaft, die eine politische Lösung des Konflikts, der das Land seit den 1980er Jahren zerreißt, ermöglichen könnte. [Fortsetzung](#)

■ Eurostat :



Leichter Anstieg der Atomstromproduktion im Jahr 2023.

Im Jahr 2023 erzeugten 13 EU-Mitgliedsländer mit nuklearer Stromerzeugung 619.601 Gigawattstunden (GWh) Strom, ein Anstieg von 1,7% gegenüber 2022, der "größtenteils darauf zurückzuführen ist, dass Frankreich die Wartung seiner Kernreaktoren abgeschlossen hat", wie Eurostat am 26. Februar in einer neuen Veröffentlichung mitteilte. Die Kernkraftwerke dieser 13 Länder waren für 22,8% der gesamten Stromerzeugung der EU verantwortlich. [Fortsetzung](#)

■ Berichte / Studien :



Jahresbericht des Europäischen Instituts für Geschlechtergleichstellung

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen hat am 25. Februar seinen Gender Equality Index 2024 veröffentlicht. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass geschlechtsspezifische Gewalt in der Europäischen Union trotz starker gesetzgeberischer Maßnahmen weiterhin stark, schwerwiegend und unterdokumentiert ist. Zu den Daten des Berichts gehört, dass 31% der Frauen bereits im Alter von 15 Jahren körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren haben und trotz der Auswirkungen der MeToo-Bewegung 31% der Opfer ihr Leid nie offengelegt haben. Das Institut erkennt darüber hinaus die bedeutenden europäischen Fortschritte bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen an. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Kultur :



Ausstellung Anselm Kiefer - Sag mir, wo die Blumen in Amsterdam sind.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte arbeiten das Van Gogh Museum und das Stedelijk Museum in Amsterdam zusammen, um eine Ausstellung über das Werk von Anselm Kiefer zu organisieren. Für diesen Anlass hat der Künstler neue Werke geschaffen, die so zum ersten Mal zu sehen sind. Die Bewunderung, die er für Van Gogh hegt, ist in seinem aktuellen Werk deutlich sichtbar. Die Ausstellung wird vom 7. März bis zum 9. Juni zu sehen sein. [Fortsetzung](#)

THYSSEN- BORNEMISZA MUSEO NACIONAL

Proust in Madrid

Bis zum 8. Juni zeigt das Thyssen-Bornemisza-Museum in Madrid eine Ausstellung, die sich mit der Bedeutung der Kunst im Werk eines der bedeutendsten Schriftsteller des 20. Jahrhunderts, Marcel Proust, befasst. Die Präsentation ist um die Elemente herum aufgebaut, die den französischen Autor beeinflusst haben, wie seine Umgebung (natürliche und architektonische Landschaften) oder auch die Kunstbewegungen, sowohl zeitgenössische als auch alte. [Fortsetzung](#)



Siena: Der Aufschwung der Malerei, 1300-1350 in London

Die Ausstellung "Siena: The Boom of Painting, 1300-1350" läuft bis zum 22. Juni in der National Gallery in London und bietet eine Gelegenheit, in die künstlerische Welt des Mittelalters des 14. Jahrhunderts einzutauchen. Mit über hundert vertretenen Künstlern und Handwerkern, die in Siena, Neapel, Avignon und darüber hinaus arbeiteten, können Sie einige der ältesten, exquisitesten und bedeutendsten Kunstwerke Europas entdecken. [Fortsetzung](#)



Körper und Seelen in Paris

Bis zum 25. August zeigt die Pariser Handelsbörse die Ausstellung "Corps et âmes" (Körper und Seelen), die eine Erkundung der Darstellung des Körpers in der zeitgenössischen Kunst bietet. Anhand von rund 100 Werken aus der Pinault-Sammlung (Gemälde, Skulpturen, Fotografien, Videos und Zeichnungen) untersucht die Handelsbörse, wie die Kunst die Energien, den Lebensfluss des Denkens und des inneren Lebens aufgreift und zu einer engagierten und humanistischen Erfahrung des Andersseins einlädt. [Fortsetzung](#)



Unendlich blau. Dekorative Künste, Malerei und Mode in Marseille.

Die Ausstellung "Infiniment bleu" findet vom 7. März 2025 bis zum 15. Februar 2026 im Musée des Arts décoratifs, de la Faïence et de la Mode im Château Borély in Marseille statt. Sie ermöglicht es, die Bedeutung von Blau vom 18. Jahrhundert bis heute in zahlreichen Bereichen zu thematisieren, in denen diese Farbe und ihre Nuancen unumgänglich erscheinen : Fayence, Grafik, Schmuck und Mode. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :

 05/03/2025

Rat "Justiz und Inneres" (Inneres)

 05/03/2025

EZB-Rat: Sitzung zur Geldpolitik

 06/03/2025

Sondersitzung des Europäischen Rates

 07/03/2025

Rat "Justiz und Inneres" (Justiz)

 10/03/2025

Eurogruppe

 10/03/2025

Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz".



Der Buchstabe n°1101

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 4. März 2025

[↓ Ich lade runter](#)

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



[Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung](#)

Die Redaktion des Newsletters :

**Helen Levy, Juliette Bachschmidt ;
Catherine d'Angelo, Maxime Painot,
Lilian Lallemand, Fabio Tomasic, Marie
Cohignac**

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur :

Elise Bernard

Publikationschef :

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}